„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

Organ der deutsch sprechenden Canadier

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 4. Juni 1924 | 12 Seiten | Nummer 30

Was jeder Wähler am 16. Juli wissen muß

Unerlaubte Schnapsbrennereien in Canada in großer Zahl

Prohibition hat nur den Bootlegger bereichert.

Wie ändern wir das heutige verwerfliche System?

Die Moderation League of Saskatchewan hat von dem Customs and Excise Department in Ottawa Mitteilung erhalten, wonach die Zahl der im Jahre 1923/24 beschlagnahmten unerlaubten Schnapsbrenn-Maschinen 2803 war. In der Provinz Saskatchewan hatte man davon im Jahre

1917	4
1918	15
1919	160
1920	141
1921	234
1922	182
1923	725

erwischt. Mit anderen Worten waren 25 Prozent aller beschlagnahmten Schnapsbrennmaschinen in Saskatchewan aufgespürt worden.

Ein Beamter in Ottawa erklärt weiter, daß noch nicht der 10. Teil dieser unerlaubten Schnapsbrennereien festgestellt wurde. Die Zeit sei daher gekommen, eine klare Meinung über den schlimmen Zustand auszusprechen, **der durch die Prohibition** herbeigeführt worden sei. Die Prohibition sei anfänglich mit moralischen Gründen verteidigt worden. Die Tatsachen bewiesen jedoch, daß sich durch dieses System ein unerlaubter, ungesetzlicher und unbeseitigter Alkoholhandel entwickele, der für viele Leute verhängnisvoll geworden sei. Sicherlich hätten die Bewohner von Saskatchewan erkannt, daß die Bootleggers und die gesetzfeindlichen Elemente sich gemeinsam verschworen hätten und dabei reich geworden seien.

Wenn durch die Volksabstimmung am 16. Juli der Bierverkauf unter Regierungskontrolle erlaubt wird, werden wir immer noch mit unerlaubten Brennereien zu kämpfen haben, aber die Schwierigkeit wird nicht mehr so groß sein.

Auffallend ist die große Kupfermenge, die in den letzten Jahren von den Ver. Staaten nach Canada eingeführt worden ist. Im Jahre 1921/22 hatte das eingeführte Kupfer einen Wert von $2,788,059, im Jahre 1922/23 war der Wert $6,301,428 und im Jahre 1923/24 betrug die Einfuhr $8,082,529. Diese starke Zunahme kann nur durch den wachsenden Kupferverbrauch für Schnapsbrennereimaschinen erklärt werden; denn für andere Zwecke würde bedeutend weniger Kupfer benötigt.

* * *

Diese Ziffern, die uns die Moderation League von Saskatchewan zur Verfügung stellt, bestätigen das, was der „Courier" schon immer und immer wieder über die verderblichen Folgen der Prohibition gesagt hat: Die Autorität der provinzialen Regierung wird durch die gesetzwidrige Bootleggerwirtschaft untergraben, die Freiheit des ehrlichen, anständigen Bürgers wird ungebührlich eingeschränkt und der Provinz Saskatchewan werden wertvolle Einnahmen entzogen, die andere Provinzen, wie Quebec, in sehr zweckmäßiger Weise zu verwenden wissen.

Wenn der „Courier" gegen die unsinnige und ungerechte Prohibition Stellung nimmt, so will er damit nicht zum Wortführer der Säufer und Verschwender werden. **Wir erklären ausdrücklich, daß wir keineswegs die Rückkehr der ärgernisserregenden Mißstände früherer Zeiten befürworten.** Durch die Prohibition ist nur ein System der Heuchelei, der ungesetzlichen Bereicherung und gesundheitsschädlicher Alkoholfabrikation gezüchtet worden. Deswegen verlangen wir Freiheit und Gerechtigkeit. Es soll auch dem einfachen Manne möglich gemacht werden, sein Gläschen Bier mit ruhigem Gewissen trinken zu können. Dann wird der Genuß von schlechtem Schnaps ähnlich wie in Quebec zu Gunsten des gesünderen Bieres und Weines zurückgehen.

Wie ist das zu erreichen?

Am 16. Juli findet bekanntlich die Volksabstimmung über die Prohibition statt. Wahlberechtigt ist jeder 21jährige britische Bürger, der auf der Wählerliste steht. Jeder sorge dafür! Britischer Bürger ist jeder deutschsprechende Canadier, der durch Naturalisation das Bürgerrecht erworben hat. Seine Frau ist ohne weiteres ebenfalls Bürgerin und folglich wahlberechtigt. Notwendig ist ferner, daß die Bürger schon mindestens 12 Monate in der Provinz Saskatchewan und in betreffenden Wahlkreis mindestens 3 Monate vor dem Wahltag gewohnt haben. Die Abstimmung findet am 16. Juli von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends statt. Jeder Angestellte und Arbeiter kann von Mittag bis 3 Uhr nachmittags der Arbeit fernbleiben, um sein Stimmrecht auszuüben, ohne Lohn oder Gehalt zu verlieren.

Jeder Wahlberechtigte **muß** die erste Frage auf dem Stimmzettel beantworten. Diese Frage lautet:

„Are you in favor of Prohibition in Saskatchewan?"

(„Sind Sie für Prohibition in Saskatchewan?")

Darauf gibt es für unsere Freunde nur eine Antwort: **„No" — Nein. Daher setzt man hinter dieses „No" ein Kreuz.** Denn wir sind **nicht** für Prohibition in Saskatchewan. Wir wollen **nicht**, daß das Alkoholverbot weiter besteht. Darum ein Kreuz hinter das „No".

Nun kommt die zweite Frage:

If a Liquor System under Government Control be established, which of the following do you favour?

(A) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spiritnous and Malt Liquors

or

(B) Sale by Government Vendors in Sealed Packages of all Spiritnous and Malt Liquors and also Sale of Beer in licensed premises.

Auf Deutsch heißt das:

Wenn ein Liquor-System unter Regierungs-Kontrolle eingerichtet wird, für welche der folgenden Einrichtungen sind Sie?

(A) Verkauf durch Regierungsverkäufer von allen spirituösen und Malzgetränken in versiegelten Paketen.

oder

(B) Verkauf durch Regierungsverkäufer von allen spirituösen und Malzgetränken in versiegelten Paketen, und Verkauf von Bier in dazu lizensierten Plätzen.

Was ist für ein Unterschied zwischen (A) und (B)?

Wenn die Frage (A) durchgeht, dann kann das Bier nur in größeren Mengen von einem Regierungsstore gekauft werden. Das hat den Nachteil, daß der einfache Mann gleich eine größere Summe Geldes hinlegen muß, um sich alkoholische Getränke zu verschaffen. Wenn ferner ein Farmer oder sonst jemand in eine Stadt zu Besuch oder zur Erledigung von Geschäften kommt, kann er nicht ein einzelnes Glas Bier kaufen, sondern er muß eine große Kiste oder ein ganzes Faß mit nach Hause nehmen. Das führt zu nichts Gutem.

Deswegen empfehlen wir unseren Freunden, hinter die Frage (B) ein Kreuz zu machen. Dadurch bringt der Wähler zum Ausdruck, daß er Bier und Schnaps in größeren Mengen von den Regierungsstores beziehen will, daß er aber gleichzeitig für den Ausschank von Bier in lizensierten Hotels ist. Wie das näher geregelt werden soll, ist Sache der Regierung und der Legislatur von Saskatchewan. Trotzdem dürfen wir aber schon heute unsere Wünsche und Ansichten darüber äußern, damit unsere Abgeordneten nach dem 16. Juli wissen, was wir wollen.

Die Einrichtung der Bars hat früher zu mannigfachen Mißständen geführt. Daher sollte man nicht zu diesem System zurückkehren, sondern den Gästen in den Hotels die Möglichkeit geben, sich in einem dazu bestimmten Raum gemütlich an Tische zu setzen, wo jeder sein Glas Bier in Ruhe trinken kann. Ferner sollten den Gästen und Reisenden auf Wunsch Bier oder leichte Weine zum Mittag- oder Abendessen verabreicht werden. Auch Clubs und Vereine sollten dazu berechtigt werden. Die Genehmigung zu diesem Ausschank in kleineren Mengen wäre den betreffenden Hotels und Clubs auf Antrag durch eine besondere Lizens zu gewähren. Wer aber dennoch Bier in größeren Mengen beziehen will, möge es durch die Regierungsstores besorgen.

In diesem Sinne kann man wohl die Ausführung der Frage (B) erwarten. Dadurch wird allen Teilen Rechnung getragen und vielen schädlichen Mißbräuchen vorgebeugt, die durch Annahme der Frage (A) entstehen.

Zum Schlusse sei noch einmal darauf hingewiesen, **daß jeder Wähler und jede Wählerin die 1. Frage beantworten muß.** Wenn er diese Frage nicht beantwortet, ist sein Stimmzettel ungültig. **Unsere deutschcanadischen Freunde, die gegen die Prohibition sind und wieder Bierverkauf haben wollen, müssen ihr Kreuz hinter das „No" der ersten Frage setzen.**

Sorgt gemeinsam mit der Moderation League für Aufklärung in Eueren Bekanntenkreisen.

Wenn irgendwo Zweifel bestehen, so möge man sich an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, wenden. Wir sind gerne bereit, in der Zeitung noch weitere Einzelheiten zu erklären.

Neue deutsche Regierung?

Marx wieder Reichskanzler.

Berlin, 2. Juni. — Nach einer Mitteilung des Universal Service hat Kanzler Marx, der mit der Bildung der neuen deutschen Regierung beauftragt ist, folgende Ministerliste dem Bürgerblock vorgeschlagen:

Reichskanzler: Marx (Zentrum)
Vizekanzler: Hergt (Deutschnational)
Außenminister: Stresemann (Deutsche Volkspartei)
Landwirtschaftsm.: Schlange (Deutschnational)
Reichswehrminister: Geßler (Demokrat)
Reichspostminister: Höfle (Zentrum)
Reichsarbeitsminister: Brauns (Zentrum)
Reichsbahnminister: Oeser (Demokrat)
Reichswirtschaftsminister: Hamm (Demokrat).

Das ist zunächst nur ein Vorschlag, der wieder umgestoßen werden kann, wenn der geplante Bürgerblock mit Einschluß der Deutschnationalen nicht verwirklicht wird. In den letzten Tagen sind wieder starke Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Dawes-Berichts entstanden, die unter Umständen die Bildung des Bürgerblocks vereiteln können.

Farmer-Anleihen

Notgesetzgebung in Ottawa vorgeschlagen

Ottawa, — Dr. H. M. Tory, der Präsident der Universität von Alberta und der Berichterstatter über die Farmkreditfrage, hat vorgeschlagen, ein Notgesetz einzubringen, das die Dominionregierung ermächtigt Anleihen an die Provinzialregierungen zur Verwendung durch die provinzialen Anleiheorganisationen zu machen. Die Anleihen sollen durch die Provinzen garantiert werden.

Ein Unterausschuß wurde gebildet, der die aufgeworfene Frage weiter prüfen soll.

Steuerbefreiung auf $500 für jedes Kind erhöht

Bedeutet $2,000,000 Verlust für Staatssäckel

Ottawa. — Das Unterhaus hat die letzten Budget-Resolutionen angenommen, darunter eine, die die Verkaufssteuer von 6 auf 5 Prozent ermäßigt, und eine andere, die die Einkommensteuer-Befreiung von $300 auf $500 für jedes Kind erhöht. Finanzminister J. A. Robb stellte dabei fest, daß durch dieses Entgegenkommen die Steuereinnahmen Canadas um zwei Millionen Dollars vermindert werden.

Millionärssohn von Millionärssöhnen ermordet

Aufklärung des grausigen Verbrechens.

Chicago, 2. Juni. — Nathan Leopold und Richard Loeb, Söhne hiesiger Millionärsfamilien und beide Rechtsschüler an der Universität von Chicago, gestanden die im letzten „Courier" gemeldete Entführung und Ermordung des 14jährigen Schuljungen Robert Franks. Staatsanwalt Crowe machte diese Ankündigung. Die Geständnisse kamen nach einem viele Stunden dauernden Verhör. Beide jungen Leute gaben zu, den Knaben getötet zu haben. Ihr Beweggrund war das von dem Vater des Opfers geforderte Lösegeld von $10,000. Leopold, den man durch Auffindung seiner Brille in der Nähe der Leiche des Jungen aufgespürt hatte, gestand die Abfassung des Lösegeldbriefes. Hunderte von Verdächtigen waren festgehalten worden, viele Spuren führten die Polizei nach Städten im ganzen Land. Leopold und Loeb waren bei Ablegung ihrer Geständnisse körperlich völlig gebrochen. Leopold, Sohn des Leiters der Morris Paper Box Co., wurde zuerst vor mehr als einer Woche befragt, wie die Polizei mitteilt. Er gab zu, das Verbrechen geplant zu haben.

Wie Staatsanwalt Crowe mitteilt, planten die beiden Täter schon im November eine Entführung. Sie wurden durch Lust an Abenteuern und Wunsch nach dem verlangten Lösegeld zur Tat getrieben. Die jungen Leute sagten, sie hätten sich für kein bestimmtes Opfer entschieden. Entführung und Ermordung des jungen Franks seien lediglich ein Zufall. Das Automobil, um das Opfer wegzubringen, war ein gemieteter Wagen. Die beiden Gefangenen erklärten, sie seien einmal mit der Absicht umgegangen, einen Sohn des bekannten Philantropen Julius Rosewald zu entführen. Die jungen Menschen hatten alle Einzelheiten sorgfältig geplant, um eine Entdeckung zu verhüten. „Wir hatten Entführungsabenteuer und Forderungen nach Lösegeld gelesen," bemerkte Leopold. „Wir hatten natürlich alles nötige Geld, aber wir hielten es für ein herrliches Abenteuer, wenn wir einen Knaben entführen und dafür Geld zu bekommen suchen. Wir kauften alle erforderliche Ausrüstung; der nächste Schritt war die Wahl des Opfers. Wir wollten einen Knaben, dessen Vater viel Geld besitzt. Wir hielten in der Harvard-Schule Umschau, wo alle Schüler wohlhabend sind und unsere Wahl fiel auf Robert. Wir mieteten ein Automobil und fuhren nach der Schule, gerade als die Knaben herauskamen. Wir lüden Robert zu einer Fahrt ein. Als wir ihn im Wagen hatten, schlugen wir ihn mit einem Meißel auf den Kopf. Das Werkzeug war umwickelt, um keinen scharfen Einschnitt in den Schädel zu machen. Darauf knebelten wir ihn und gaben ihm Aether, welchen ich aus dem chemischen Laboratorium der Universität entwendet hatte. Auf der Südseite brachten wir den Knaben in ein Dickicht, entkleideten ihn und erwürgten ihn. Zur Verhinderung einer Agnoszierung entstellten wir das Gesicht durch eine Säure. Die Schuhe vergruben wir, die Kleider wurden verbrannt.

Koreanische Bombenanschläge auf Konsulate

Noch rechtzeitig entdeckt.

Tokio, 2. Juni. — Nach Preßdepeschen erregt die Entdeckung eines Bombenanschlags gegen das amerikanische und britische Konsulat in Soeul, Korea, dort einige Besorgnis. Ein Bericht, daß Sonderwachen ins amerikanische Konsulat gebracht wurden, ist offiziell bestätigt. Der amerikanische Konsul wurde direkt und durch die japanische Polizei von dem Anschlag unterrichtet. Beamte sind der Ansicht, daß der Bombenanschlag von der koreanischen provisorischen Regierung ausgeht, welche der japanischen Beherrschung ihres Landes widerstrebende Koreaner im Jahre 1919 in Shanghai gebildet haben. Beamte bemühen sich um Verhinderung aller Ausschreitungen. Infolge des Meinungsaustausches der beiden Regierungen über Annahme des amerikanischen Einwanderungsgesetzes wird derzeit durch solche Vorfälle eine besonders schlimme Wirkung befürchtet.

Eisenbahnfragen in Ottawa

Eisenbahnminister Graham über das Defizit der C. N. R.

Freundliche Stellungnahme der konservativen Opposition

Der Senat genehmigt die ersten Zweiglinien.

Ottawa. — Der canadische Eisenbahnminister Hon. Geo. P. Graham überreichte dem Hause des Jahresbericht der Canadian National Railways und Canadischen Regierungs-Handelsmarine.

Die Einnahmen aller Linien der C. N. R. waren im Jahre 1923: $21,187,462 gegenüber $3,993,237 im Jahre 1922, oder um $17,194,225 mehr.

Die vorgesehenen Kosten erhöhten sich von $60,196,693 auf $66,144,226, sodaß ein Gesamtdefizit von $52,779,350 im Jahre 1923 verblieb gegenüber $58,696,911 im Vorjahre.

Minister Graham ersuchte die Abgeordneten, nicht nähere Einzelheiten zur Information zu verlangen, deren Veröffentlichung nach Ansicht der Betriebsleitungen nur nachteilig wirken könne. Sir Henry Thornton, der Präsident der C. N. R., habe Fehler begangen, aber wer sei ohne Fehler? Daher verlange er „fair play" für ihn. Wenn Sir Henry Thornton dazu befähigt sei, die Besserung der Finanzverhältnisse in gleicher Weise wie im ersten Jahre fortzuführen, werden die C. N. R. in ganz wenigen Jahren in der Lage sein, allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Canadische Handelsmarine zeigte ein Defizit von $9,368,670, oder um $280,808 weniger als im Vorjahr. Die Flotte besteht aus 60 Schiffen, die nach Sir Henry Thorntons Bericht in guter Verfassung sind. Im November 1923 wurde ein monatlicher Dienst zwischen Vancouver und England eingerichtet.

Minister Graham wandte sich dann wieder den Nationalen Eisenbahnen zu, indem er bemerkte, die neue Leitung habe im ersten Jahre noch nicht so wirksam werden können, wie das in Zukunft der Fall sein werde. Notwendig sei eine kräftige Einwanderungspolitik. Zu diesem Zwecke sei Dr. W. J. Black mit dem Sitze in London ernannt worden. Die Canadian National Railways seien das Eigentum des canadischen Volkes, das durch seine Vertreter in Ottawa die Güter- und Personentarife regeln müsse. Aber es sei nicht möglich, diese Tarife herabzusetzen und gleichzeitig die Netto-Einnahmen zu erhöhen. Die Ausgaben seien groß gewesen, aber im Verhältnis nicht größer als die anderer großen Systeme auf dem Kontinent. Der Verkehr sei aber auch in jeder Hinsicht bedeutend verbessert worden. Das einzige Ziel von Sir Henry Thornton sei, die C. N. R. erfolgreich zu machen, wofür er, der Eisenbahnminister, vom Hause Vertrauen und Unterstützung erwarte.

Der Oppositionsführer Right Hon. Arthur Meighen erklärte, er sei ein Freund der Eisenbahnen. Er glaube auch, daß die richtige Maschine in Gang gesetzt sei, um den Erfolg des Unternehmens zu gewährleisten. In seiner Verantwortung hinsichtlich des Eigentums der Nationalen Linien stehe Canada allein in der Welt. Der Dawes-Bericht habe eine Aenderung im deutschen Eisenbahnsystem dahingehend empfohlen, daß es unter eine Leitung ähnlich der der Canadian National Railways gestellt werde.

Meighen verlangte ein ständiges Komitee des Hauses, dem alle Einzelheiten zur Prüfung vorgelegt werden sollen. Er zweifelte, ob die Ausbesserung der Linien in dem Maße vorgenommen wurde, wie der Bericht Thorntons mitteilte. Er habe stets mit Thornton Sympathie gehabt, der unter mannigfachen Hindernissen arbeite. Das canadische Volk hoffe auf eine baldige Ausgleichung des Eisenbahnbudgets, aber es wolle genaue Ziffern über die Einnahmen und Ausgaben.

Ottawa. — Der Senat hat sich nun endlich auch daran gemacht, die Zweiglinien der C. N. R., die namentlich für den canadischen Westen von zugebeuerr Bedeutung sind, zu besprechen. Im letzten Jahre hat der Senat die Zweiglinien in Bausch und Bogen abgelehnt und dadurch dem Westen einen Schlag ins Gesicht versetzt. Heuer scheint man nach den deutlichen Drohungen mit Senatsreformen etwas vorsichtiger zu sein. Wenn es freilich nach dem Kopfe des konservativen Senators Gordon von North Bay ginge, würde sich diesmal das nämliche Komödienspiel wie 1923 wiederholen. Dieser Herr hat nämlich erklärt, daß Canada durch solche Eisenbahnen erdrosselt werde. Das Gegenteil ist der Fall. Denn Canadas Zukunft hängt von seinen westlichen Provinzen ab, deren Entwicklung unter den heutigen Bahnverhältnissen mit 30 bis 35 Meilen Entfernungen von den Farmen unmöglich ist.

Der Senats-Ausschuß für Eisenbahnen hat nun unter Vorbehalt weiterer Untersuchung die Linie von Grabelbourg nach Neidpath (11 Meilen zu $144,000) genehmigt.

Gebilligt wurden ferner die Ausdehnung der Zweiglinie von St. Rose du Lac nach Rorkton, Man. (22 Meilen zu $378,000).

Und eine Linie von Turtleford bis nach Hafford, Sask. (102 Meilen zu $2,313,000).

Die Linie 13 Meilen nördlich von Melvington, Sask., soll erst weiterer Prüfung unterworfen werden, ebenso die Linie zwischen Eyre, Sask., und Acadia Valley in Alberta (43 Meilen, $426,000).

Dagegen fand die Linie Prince Albert nach Paddock Wood, Sask. (23 Meilen), bedingte Zustimmung.

Herriot will Deutschland entgegenkommen

Und Freigabe des Ruhrgebiets „studieren".

Lyons, Frankreich, 1. Juni. — In einem Interview, welches Edouard Herriot, der Führer der radikalen Gruppe Frankreichs und der wahrscheinliche Nachfolger Poincares gewährte, legte er in kurzen Umrissen seine Politik dar, die er zu befolgen gedenkt, sollte er von Präsident Millerand aufgefordert werden, eine neue Regierung zu bilden. Er betonte darin ganz besonders, daß er Deutschland soviel als möglich Entgegenkommen zeigen wolle, daß er sofort Pläne für die Freigabe des Ruhrgebiets studieren werde und daß er versuchen werde, der Welt wirklichen Frieden zu geben.

„Wenn ich zur Macht gelange und es mir gelingt, der Welt wirklichen Frieden zu geben, so werde ich mich reichlich entschädigt wissen und mich dann gerne zur Ruhe setzen. Im allgemeinen gesprochen, werde ich den geraden Weg befolgen; ich glaube immer noch, daß Loyalität die erste Tugend ist und jeden am weitesten bringt," sagte er.

„Zunächst werde ich die Schwierigkeiten beilegen müssen, die anläßlich des Sachverständigen-Berichtes entstanden sind, dann muß ich unbedingt sofort die Pläne eingehend prüfen, die zur Freigabe des Ruhrgebiets führen werden. Außerdem hoffe ich, die Völkerliga zu fördern, wo immer dies möglich ist und bessere internationale Beziehungen überhaupt herzustellen. Als eine meiner allerobersten Pflichten jedoch erachte ich es, Deutschland mit ehrlichem guten Willen entgegenzutreten, und wenn Deutschland Frankreich in derselben Weise begegnet, werden die Beziehungen zwischen den beiden Ländern bald wieder die denkbar besten sein. Wenn aber Deutschland sich weigert, Reparationen zu bezahlen, selbst wenn es solche bezahlen kann, und wenn es wieder zum Imperialismus zurückkehrt, dann würde ich mein Programm in dieser Beziehung natürlich nicht durchführen können, denn dann wäre es unverzeihlicher Leichtsinn von mir, Deutschland gegenüber guten Willen zeigen zu wollen. Ich möchte allen Demokratien in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus helfen und beistehen."

Den gegenwärtigen niedrigen Stand des Frankenkurses schrieb der zukünftige Premier einem Manöver der reaktionären Kreise zu, und er warnte sie, daß, wenn er zur Macht gelange, er denjenigen, welche jetzt den Frankenkurs immer wieder stürzen, keinen Pardon gewähren werde, einerlei, wie hoch oder wie niedrig sie stehen mögen.

Feierlicher japanischer Protest

Gegen amerikanisches Einwanderungsgesetz.

Tokio, 2. Juni. — In einer vom japanischen Ministerium des Aeußern abgegebenen amtlichen Mitteilung wird „tiefes Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Vereinigten Staaten die Einwanderungsvorlage mit der den Ausschluß japanischer Einwanderer verfügenden Klausel zum Gesetz erhoben haben".

Die japanische Regierung bleibt, wie das Dokument hervorhebt, in ihrer Opposition gegen eine derartige, gegen die Japaner gerichtete Gesetzgebung unerschütterlich und sie hat ihren Botschafter in Washington instruiert, bei der Regierung der Vereinigten Staaten aus diesem Anlaß einen feierlichen Protest einzulegen.

Nachdem die Einwände der Japaner gegen das neue Gesetz eingehend auseinandergesetzt werden, wird erklärt:

„Seit der Einbringung der Johnson-Einwanderungsvorlage im Dezember vorigen Jahres hat die japanische Regierung wiederholt und ernstlich die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten auf die Ausschlußklausel gelenkt. Die japanische Regierung bedauert es daher lebhaft, daß diese Bestimmung dennoch in das Gesetz aufgenommen wurde, trotz aller Vorstellungen und ungeachtet der wiederholten Bemühungen seitens des Präsidenten und des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, die Aufnahme der in Rede stehenden Bestimmung zu verhindern."

Letzte Nachrichten

Ein Regenmacher?

Calgary, 3. Juni. — E. G. Hartshorn, ein Beamter des Wetterbeobachtungs-Büros, soll die Kunst besitzen, Regen zu machen. Wenigstens glauben einige Farmer bei Thelma, Alta., daran. (Hoffentlich ist es kein Aberglauben.)

23 Menschenleben durch Feuer vernichtet.

Los Angeles, 3. Juni. — Ein Brand in der Hope Development School für anormale Kinder in Playa Del Ray forderte 23 Todesopfer im Alter von 4 bis 48 Jahren. 18 andere haben schwere Brandwunden erlitten, an denen wohl noch einige sterben werden.

Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel.

Wien, 3. Juni. — Auf Dr. Ignaz Seipel, den österreichischen Kanzler, der durch sein Sanierungswerk berühmt geworden ist, wurden von einem 29jährigen Eisenbahner, namens Karl Jaworek, drei Schüsse abgegeben, als er von Wiener Neustadt kommend den Zug verließ. Der eine Schuß ging fehl, der andere streifte die Haut und der dritte drang in die Lunge ein. Kanzler Seipel liegt schwer erkrankt im Hospital. Der Attentäter versuchte Selbstmord zu begehen und verletzte sich dabei ebenfalls schwer.

Konflikt zwischen Türkei und Italien.

Konstantinopel, 3. Juni. — Die türkischen Vertreter in Rom sind aufgefordert worden, von der italienischen Regierung eine Erklärung der italienischen Truppenansammlungen in Cilizien zu verlangen. Die türkische Regierung ist ferner beunruhigt wegen Truppenlandungen auf Rhodos. Die türkischen Militärbehörden in Smyrna haben Auftrag erhalten, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Sozialistischer Kongreß steht hinter Herriot.

Paris, 3. Juni. — Der Parteitag der französischen radikalen Sozialisten billigte einmütig die von Herriot aufgestellten Bedingungen für Uebernahme des Premierpostens und sprach ihm die Unterstützung der Partei aus.